

Postische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Abonnenten sind beide Ausgaben ebenfalls. Inhalt: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“, „Sonntags- und illustrierte Beilage“, „Zeitschriften“ und literarische Umschau. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1, — Mark, monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, nur-Zeile 20 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Verantw. Redakteur: Ann. G. Handtke (V.), Dr. Graf (Mitgl. des Aussch.). Manuskripte werden nur zurückgezahlt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3960-3965 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3961-3968. Telegramm-Adresse: Ullstein-Berlin. Postfachkonto Berlin 996.

Barrier Optimismus

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“
Paris, 15. Juni
Die wider Erwarten günstige Entwicklung, die die Befragungen der in Genf verammelten Außenminister zu nehmen scheinen, findet hier in einem erfreulichen Stimmungsumschwung ihren Widerhall. Die Optimisten, mit der man die Vermittlung des Konfliktes eingeleitet hat, ist über Nacht in einen Optimismus umgeschlagen, der auch durch die Schwierigkeiten, die in den meisten der in Genf noch zu diskutierenden Fragen zu überwinden sind, nicht gebremst wird.
In den politischen Kreisen wie in der Presse ist man fast gänzlich von der Ansicht, daß eine einjähige von gegenseitigem Vertrauen

Kotwirda zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“
Warschau, 15. Juni
Am 11. Uhr nachts hat das Stadtgericht das Urteil gegen den Mörder des Götterjüngers Wolsow verkündet. Kotwirda wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Das Gericht hat gleichzeitig einen Todesurteil gefällt, auf Grund dessen der Götterjüngers verurteilt werden soll, die Strafe in eine lebenslängliche schwere Kerkerstrafe umzuwandeln.
(Siehe auch dritte Seite.)

getragene Aussprache zwischen den Außenministern der beteiligten Mächte genügt hat, die bunten Willen zu gereinigen, die seit Wochen über der internationalen Atmosphäre gehoben haben.

Man muß darin einen neuen Beweis nicht nur für die Vitalität des Welches bereits der geglaubten Gottes von Socara, sondern auch für die Zeitigkeit, mit der der allseitigen Verständigungswillen auch für die schwierigsten Fragen und tiefgehenden Interessengegenstände ein Ausgleich gefunden werden kann.

Obwohl die in der Kontrolle der Diskussionen gefestigte Verbindlichkeit noch nicht konkret formuliert ist, gibt man doch seiner Freude über das Zustandekommen des Kompromisses Ausdruck. Trotzdem also noch jeder Anhaltspunkt für das Kompromiß fehlt, wird es doch mit selbstloser Überzeugung registriert.
Auch die Mächte, die die Frage einer Verminderung der Besetzungstruppen nicht ganz unter dem Gesicht der eingetragenen Entspannung.

In der zentralen Frage hatten die von dem belgischen Außenminister abgegebene und von der französischen Presse zum Teil in nächster Zeit in Form wiedergeborenen Erklärungen zu sich zu einigen Mißverständnissen Anlaß gegeben, die aber inzwischen durch die Veröffentlichung des authentischen Textes ihrer Klärung gefunden haben.
Die Außenminister haben sich, daß von einem Einzelnen Deutschlands in einer antinationalistischen Blod, von dem keine weitere wichtig gesprochen worden war, schon deshalb nicht die Rede sein kann, weil kein Land einseitig England an die Konfliktierung seiner gegen Frankreich gerichteten Koalition denkt.

In den Befragungen, die darüber in Genf geführt wurden, handelt es sich lediglich darum, den Frieden und die Ordnung zu verteidigen, wobei es jedem Land überlassen bleibt, seine Beziehungen mit Moskau auf diejenige Höhe zu stellen, die seinem eigenen Interesse entspricht.

Nationalfeiertag ist der 11. August!

Antrag der Linken im Reichstag
Die Reichstagsfraktionen der Demokraten und Sozialdemokraten haben heute gemeinsam einen Initiativ-Gesetzesentwurf eingebracht, der die Verankerung des Verfassungstages als Nationalen Feiertag bewirkt. Der Gesetzesentwurf hat folgenden Wortlaut:
§ 1. Nationalfeiertag des Deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag. Er ist festlich oder allgemeiner Feiertag im Sinne des Bundesgesetzes vom 1. März 1926.
§ 2. Nationalfeiertag sind alle öffentlichen Gebäude in dem Reichsgebiet zu beflaggen. In allen Schulen sind, bei Lehrer und Schüler verbindlich, der Bedeutung des Tages entsprechende Feste zu veranstalten. Fällt der Feiertag in die Schulfreizeit, so findet diese ebenfalls nach Wiedereröffnung des Unterrichts statt.

Locarno-Communiqué in Genf

Die gestrige Ministerkonferenz

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“
Genf, 15. Juni
Die heutige Besprechungen der sechs Minister und Staatsdelegierten, die übrigens nicht im Hotel Beau Rivage bei Chamberlain, sondern im Hotel des Bains bei Vevey, der sich nicht mehr findet, stattgefunden haben, dauerten bis 7 1/2 Uhr abends. Obwohl die Besprechungen ebenfalls bereits heute zu Ende gegangen sein sollen, scheinen sämtliche Beteiligten jede weitere Auskunft über das Ergebnis der Besprechungen ab und zu wieder nur auf das nachfolgende Communiqué:
„In Verfolg der Arbeiten der letzten Konferenz des Monats Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in der Schwere geliebten Fragen geprüft, festgestellt, bis zu welchem Punkte die Erfüllung einiger dieser Fragen gelangt sind, und für die übrigen sich über die Mittel und Wege geeinigt, um ihre Verwirklichung innerhalb einer möglichst kurzen Frist sicherzustellen. Die Mitglieder der Konferenz haben hierbei neuerdings ihren sinnlichen Willen festgelegt, die Locarno-Politik weiterzuführen, die schon bisher im Interesse des Friedens wichtige Resultate ergeben hat und weiter ergeben wird.“

Dieses Communiqué, das mit Mühe sich jeder genaueren Mitteilung entzieht, klingt sehr optimistisch und entspricht auch durchaus der Stimmung in den einzelnen Delegationen. Auch auf deutscher Seite sieht man heute abend den Grund der Dinge nicht vertrauensvoll an, gibt aber ebenfalls keine näheren Auskünfte.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich sofort nach dem Ende der Besprechungen zu dem Diner des Cercle de la Presse begeben, das heute Abend zu Ehren Deutschlands unter seinem Ehrenvorsitz stattfand. Sein Martin, der Chefredakteur des „Journal de Genève“, begrüßte mit sehr warmen Worten den deutschen Botschaftsminister, worauf Dr. Stresemann in einer längeren, mit großem Beifall aufgenommenen Rede, Genf als die Stadt des Stillstandes pries.

Gehaltsreform ab 1. Oktober

Die Neuregelung der Beamtengehälter soll, wie der „Postischen Zeitung“ zuverlässig berichtet wird, am 1. Oktober d. Z. erfolgen. Das Maß der Erhöhung der Gehälter steht noch nicht fest. In eingeweihten Kreisen rechnet man mit einer Erhöhung, die zwischen 10 und 15 p. h. liegt. Die Vorlage wird, wie der Reichsaussenminister mit den Regierungsparteien vereinbart, dem Reichstag im Herbst, wahrscheinlich Anfang November, der Erhöhung Fälle sollen dann rückwirkende Kraft vom 1. Oktober an erhalten.

Das Guttag wird auch berichtet: Eine vom Brittemberzigen Beamten und einberufene Versammlung sollte eine Entscheidung, in der dem Gehalt ihrer Erhöhung über die Besetzung der Besetzungsstellen Ausdruck gegeben und schließlich Stoff geleistet wird, um ein großes Teil der Beamtengehälter vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht.

Ungeheffer aufgefunden?

New York, 15. Juni (Reuter)
Aus Quebec trifft folgende Nachricht ein: Hier wird nichtig gemeldet, daß Ungeheffer und Götterjüngers in einem Boot in Quebec gefunden. Die Nachricht kommt aus Quebec durch die Vermittlung eines Beamten Clair, der in der Gegend nördlich des Gagnon-Flusses (in Unterkanada, Provinz Quebec) arbeitet und im Laufe eines Telefongesprächs mit seiner in Quebec wohnenden Mutter sie davon in Kenntnis setzte.

Befähigungs-Verminderung

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“
Genf, 15. Juni
Die Verhandlungen der Minister dürften, gleichviel, ob sie heute oder morgen zu Ende gebracht werden, nach unserer zuverlässigen Erklärungen mit einem politischen Ergebnis enden. Der Preis, den Frankreich unter gewissen Umständen bereit ist, sogar eine Befähigungs-minderung von 1500 Mann zuzugestehen, um seinen guten Willen zu beweisen, das wäre eine Verminderung der Besetzung um fast ein Viertel ihrer heutigen Größe und ein glücklicher Anfang zu ihrem vollständigen Abbau.

Stehen dieser Frage stehen aber die großen weltpolitischen Probleme auch heute noch hart im Vordergrund, nämlich, um es auf Stichworte zu bringen, Rußland und Albanien. Die Ergebnisse, als ob der belgische Außenminister Dr. Stresemann irgendwelche Zugeständnisse für ein vorübergehendes Aufheben oder gar ein Angebot in dieser Richtung gemacht hätte, um sich dafür das Wohlwollen der Befähigungsämter zu erkaufen, sind vollkommen ferngeblieben. Den beachtlichsten Grund, darüber Rußland von Deutschland zu entfernen, werden sie nicht angestrebt der politischen Lage kaum erreichen, wenn nicht in Moskau bereits alle glühende Begegnung vorzufinden ist.

Rechtlichen Zwecken dienen auch die offensichtlich großen Entlassungen der Ausführenden, die Dr. Stresemann gern zu den deutschen Freirepublikern gemacht hat, und zu deren Vorbereitung sich leider auch namhafte französische Journale hergegeben haben.

Lieber Albanien wird hier offiziell wenig gesprochen, aber dafür befindet das oberste französische Organ des Tages die letzten Worte aller politischen Entscheidung.

Niemand ist hier darüber im Zweifel, daß dort die Kriegsgefahr liegt und nicht in Moskau. Die sechs Minister und Staatsdelegierten, die hier miteinander verhandeln, das europäische Kongress mit offizieller Beteiligung, wie man die Konferenz hier nennt, wollen sich aber zunächst bemühen, die überden Gerüchte vom Osten her zu befeuchten, offenbar in der Absicht nicht ganz unrichtigen Hoffnung, denn nicht früher als im Silber Europas Ruhe schaffen zu können.

England und Europa

Gunmelbung der „Postischen Zeitung“
London, 15. Juni
Der „Manchester Guardian“ warnt die Regierung eindringlich davor, sich durch private Verfügungen, die das Empire außerhalb Europas, insbesondere in China und mit dem belgischen Ausland hat, die Stellung Englands als Vermittler und Friedensfaktor in Europa gefährden zu lassen. Sie mehr England sich auf außereuropäische Konflikte einlasse, um so weniger sei es in der Lage, eine klare Friedenspolitik in Europa zu verfolgen, denn in jeder Hinsicht zu fremden Ländern werde es frei beirätigt durch seine Lage in diesen europäischen Konflikten. Der Versuch mit Einbehalten des Englands Stellung in Europa nicht gemacht. England möchte außerdem nicht mehr als einseitig einseitig auf europäische Konflikte einlassen. Eine weitgehende englische Politik bedeute daher, sich von denartigen Festen freizulassen.
Am Unterstaatssekretär des Foreign Office, daß die Initiative über die Abhebung englischer Einflüsse in Europa in Genf liegen sollte, ist ein wichtiger Schritt. Der britische Botschafter Buchanan mußte des Unterstaatssekretärs, weil er die Antwort des Regierungsrepräsentanten abzuwarten begünstigte.

Ungarisch-rumänischer Zwischenfall

Wie aus Budapest gemeldet wird, ereignete sich in der Nacht vom 13. zum 14. Juni an der ungarisch-rumänischen Grenze ein Zwischenfall. Ein ungarischer Soldat wurde tödlich von einem Rumänen erschossen. Die ungarische Regierung hat die rumänische Regierung aufgefordert, die ungarische Regierung, die für den ungarischen Soldaten zum Tode aufgefunden wurde, die rumänische Regierung zu entschuldigen und die ungarische Regierung zu entschuldigen. Die ungarische Regierung hat die rumänische Regierung aufgefordert, die ungarische Regierung zu entschuldigen und die ungarische Regierung zu entschuldigen.